

Hervorragendes, klares, zutreffendes Statement über die politische Meinungsfleddereien der Leitmedien und der Politik in Deutschland von Daniel Matissek

Es ist schlichtweg nicht mehr zu ertragen, welche Menschen in diesem Land das politische Geschehen bestimmen und das öffentliche Denken beeinflussen.

Da versinken in der Silvesternacht ganze Stadtviertel in Anarchie, da fordern Autonome das staatliche Gewaltmonopol immer hemmungsloser heraus – doch es wird nicht etwa diskutiert, wie man dieser Fundamentalbedrohung des Rechtsstaats endlich ein für allemal Herr wird, wie man die klandestinen und zunehmend gewaltaffineren Strukturen des neuen Linksterrorismus zerschlägt.

Nein, stattdessen steht die Polizei am Pranger und muss sich für ihre „Strategie“ rechtfertigen, dafür also, dass sie der Silvesternacht Präsenz gezeigt hat. Politiker und sympathisierende Medien übernehmen unkritisch die linksradikale Wahnsinnshypothese, die Polizei habe „provoziert“ und „Augenmaß vermissen lassen“, als sie durch „kreisende Polizeihubschrauber“ oder ein „Großaufgebot“ für Sicherheit sorgen wollte. Polizisten tragen jetzt also schon zur Eskalation bei, indem sie ihrer gesetzlich zgedachten Aufgabe gerecht werden – soweit sind wir in Deutschland gekommen.

Dann lesen wir heute, der beim Polizeieinsatz in der Silvesternacht zu Schaden gekommene 38-jährige Polizist sei ja überhaupt nicht schwer-, sondern „nur“ am Ohr verletzt worden, und die anfangs vermeldete Notoperation sei nur ein „eiliger Eingriff an der Ohrmuschel“ gewesen. Die Gefahr bleibenden Hörverlustes habe nie bestanden – und erstrecht keine Lebensgefahr, wie der nahezu gesamte deutsche Blätterwald mit triumphierendem Soupçon verkündet. Auch dafür muss sich die Leipziger Polizei jetzt also rechtfertigen: Dass sie „dramatisiert“ und

„aufgebauscht“ habe (gemeint ist: dass sie den lebenswürdigen Connewitzer „Chaoten“ böswillig eine Brutalität angedichtet habe, die es gar nicht gegeben habe). Denn in Wahrheit war ja alles halb so wild; welche Frechheit, sich wegen geringer Blessuren eines Beamten, die schließlich zum Bullen-Berufsrisiko gehören, auch noch aufzuregen.

Das perverse Rechtsverständnis, die zynische Menschenverachtung, die aus solchen Kommentaren spricht, lässt sich kaum in Worte fassen. Wenn Linksfaschisten – in maximaler Schädigungs- oder gar Mordabsicht, zumindest unter Inkaufnahme tödlicher Verletzungen – Steine auf Einsatzbeamte werfen, Streifenwagen anzünden oder brennende Einkaufswagen in Polizistengruppen schieben, wird dies von insgeheimen autonomen Fanboys und Berufsverharmloser in deutschen Redaktionsstuben als eine Art überschäumende Naturgewalt beschrieben, an der sich eh nichts ändern ließe. Und Polizisten, die sich dem zuständigkeitshalber entgegenstemmen, sind erstens Dilettanten, zweitens für die Konsequenzen selbst verantwortlich, und wenn drittens Blut fließt, übertreiben sie im Zweifel.

Hervorragendes und vor allem treffendes Statement über die aktuelle politische Lage in Deutschland von Die solches posten und schreiben, sind übrigens dieselben Großmeister journalistischer Double-Layer, die sich über tagtägliche Brandanschläge auf Autos und Büros von AfD-Politikern und Andersdenkenden stets lustvoll totschweigen, dann aber jeden Furz zum Orkan hochschreiben, wenn es zählt, zum Schulterschluss gegen rechts zu trompeten.

Dann fiel heute auch noch Saskia Esken der Leipziger Polizei in den Rücken – jene Frau, die seit ihrer Wahl zur SPD-Co-Vorsitzenden mit manischer Hingabe unter Beweis stellt, dass sie von wirklich nichts eine Ahnung, aber zu allem eine Meinung hat – Marktwirtschaft, Kernenergie, Steuerrecht und jetzt auch noch

Polizeitaktik. Esken wirft ebenfalls die Frage nach der „Angemessenheit“ auf – als ginge es bei der Herausforderung des staatlichen Gewaltmonopols darum, irgendwelche Kompromisse zu machen. Man mag sich gar nicht ausmalen, wie ihr verewigter großer Parteigenosse Helmut Schmidt angesichts solcher dümmlichen, fahrlässigen, subversiven Debattenbeiträge reagieren würde: Sein Parteibuch hätte er jedenfalls längst abgegeben.

Und dass Sachsens grüne Justizministerin Katja Meier - deren Strafverfolgungsbehörden nun die Aufklärung der von der Leipziger Links-SA heraufbeschworenen bürgerkriegsähnlichen Zustände (übrigens nicht erst seit der Silvesternacht) obliegt – nicht etwa durch ein robustes Bekenntnis zum Rechtsstaat in den Schlagzeilen auftaucht, sondern durch von ihr einst angestimmte linksradikale Punklieder („Advent, Advent, ein Bulle brennt“), ist dann nur mehr eine bizarre Fußnote. Der Skandal ist hierbei weniger, dass Sachsens Justiz von einer Ministerin geführt wird, die einst das Abfackeln von Polizisten mit Inbrunst besang - sondern liegt eher darin, dass Meier überhaupt keine Juristin ist.

Doch auch das ist keine wirkliche Überraschung mehr - schon gar nicht bei den Grünen: Längst haben wir uns daran gewöhnt, dass in Deutschland Personen in politische Spitzenämter hochgespült worden, die vor 20-30 Jahren nicht einmal in staatlich bezuschussten Sozialarbeitsprojekten eingesetzt worden wären. Der Zustand dieses Landes nähert sich allmählich dem Niveau, den weltanschaulichen Abgründen seiner politischen Repräsentanten an.